

## **Haushaltsrede 2015**

Oliver Fröhling, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,

the same procedure as last year, Mister Dieter?

the same procedure as every year, Karl-Heinz!

So, oder ähnlich könnte es sich angehört haben, als sich Bürgermeister und Kämmerer zum ersten Mal über den Haushaltsplanentwurf 2015 unterhalten haben. Durch das Haushaltssicherungskonzept, welches wir im Jahr 2012 mit breiter Mehrheit verabschiedet haben, wiederholen sich im Grunde die Abläufe und die zu beratenden Haushaltspositionen Jahr für Jahr wie beim am Silvesterabend so beliebten Unterhaltungsstück „Dinner for one“.

Und ähnlich gering wie die Gesprächsbeteiligung der imaginären Gäste der Geburtstagstafel, Sir Tobi, Mister Winterbottem, Mister Pommeroy und Admiral von Schneider, fallen die Gestaltungsmöglichkeiten der Fraktionen und Ratsmitglieder im Großen und Ganzen aus. Vorbei die Zeiten, als die Haushaltsplanberatungen der Fraktionen mehrere Tage dauerten und noch viel Geld zum Verteilen, Bauen, Gestalten und Ausgeben vorhanden war. Doch aus heutiger Sicht darf auch ein kritischer Blick auf die Vergangenheit erlaubt sein. War es nicht schon vor 20 und mehr Jahren so, dass die finanziellen Mittel eigentlich in der benötigten oder gewünschten Höhe gar nicht vorhanden waren? Wurden nicht damals schon Projekte finanziert, die sich die Stadt eigentlich gar nicht hätte leisten können? Hat man nicht damals schon über die finanziellen Verhältnisse gelebt? Und das oftmals auch ohne Fördermittel!

Das Haushalts-Sicherungs-Konzept ist wichtig und richtig, wir stehen weiterhin dazu. Aber es wird von Jahr zu Jahr spürbarer, dass die Kassen leer sind und zum allergrößten Teil ausschließlich die gesetzlichen und vertraglichen Pflichtaufgaben geleistet werden können. Daher erinnere ich nochmals an unsere Forderung aus den vergangenen Haushaltsplanberatungen, künftig Doppelhaushalte zu verabschieden.

Infolge dessen ist der Haushalt inhaltlich so spannend wie das Telefonbuch von Castrop-Rauxel, wobei ich damit die Arbeit, die seitens der Kämmerei und der gesamten Verwaltung in diesem Haushalt steckt, in keiner Weise schmälern möchte. Im Gegenteil: es wird Jahr für Jahr anspruchsvoller, die finanziellen Enden der äußerst klammen Kommune zusammen zu bekommen. Für das unermüdliche Arbeiten, für die Sparbemühungen und die Bereitschaft, im Rahmen der Möglichkeiten Althergebrachtes zu überdenken und infrage zu stellen, danke ich allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der gesamten Verwaltung ganz herzlich.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der prognostizierte Fehlbedarf für 2015 bei rund 21,5 Mio. Euro liegen wird und sich die Ausgangssituation gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert hat. Doch leisten wir uns immer noch Ausgaben, die wir uns gar nicht mehr leisten können. Ich erinnere an die Diskussionen in den Fachausschüssen: 30.000 Euro für einen Zebrastreifen sind zu viel und werden nicht beantragt, während 90.000 Euro für eine dynamische Fahrgastinformation von der Ratsmehrheit abgesegnet werden – echte Sparbemühungen sehen wirklich anders aus! Auch die Notwendigkeit der Efeuentfernung für 80.000 Euro am Museum sehen wir nach wie vor nicht, wobei wir hier im Ausschuss zu einer halbwegs akzeptablen Lösung gekommen sind. Man darf gespannt sein auf die weitere Entwicklung.

Die Kredite zur Liquiditätssicherung steigen jedenfalls weiter an, der Ausgleich im Jahr 2022 soll aber dennoch nicht gefährdet sein.

Aber was kommt eigentlich nach dem HH-Ausgleich im Jahr 2022? Ich wage die Prognose, dass wir auch dann nicht auf finanziellen Rosen gebettet sein werden. Zwar mag ein rechnerischer Ausgleich in dem Jahr gelingen, doch ist es nur eine Stichtagsbetrachtung, wie wir alle wissen. Bis dahin werden wir weitere 80 Millionen Euro, oder mehr, an Werteverzehr haben. Und auch nach einem rechnerischen Haushaltsausgleich ist die finanzielle Lage der Stadt nicht über Nacht anders oder gar besser geworden.

Machen wir uns nichts vor: Ob 2015, 2022 oder auch 2025. Wir werden weiterhin mit einem sehr engen finanziellen Korsett leben müssen. Es bleibt spannend und vor allem schlecht planbar. Wenn Sie sich allein die Schlüsselzuweisungen der vergangenen Jahre ansehen, stellen Sie schnell fest, dass es sich dabei um eine völlig volatile Größe handelt. Und auch die Höhe der Gewerbesteuer ist – nachvollziehbarerweise – höchst unterschiedlich und somit kaum planbar. Kurzum: die langjährige Forderung nach einer grundsätzlichen Änderung der kommunalen Finanzausstattung hat weiterhin Gültigkeit – heute mehr denn je.

Andererseits kommen wir hier in Lüdenscheid doch noch relativ gut zurecht, wenn man mal andere Kommunen zum Vergleich nimmt. Wir mussten nach wie vor keine städtische Einrichtung schließen, eine langjährige Forderung der CDU-Fraktion ist damit ein weiteres Mal erfüllt.

Wir können uns sogar über gewisse Entlastungen freuen. So hat die Bundesregierung entschieden, nach der Übernahme der Grundsicherung im Alter, im Zuge der Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes die Kommunen zu entlasten. 2015 und 2016 zahlt der Bund über die Verteilung der Umsatzsteuer je 500 Mio. Euro. Für Lüdenscheid bedeutet das eine Entlastung von immerhin rund 700.000 Euro – allerdings unter der Voraussetzung, dass das Land die Entlastung auch weiterreicht.

Diese Freude ist aber nur von kurzer Dauer. Denn ab 2015 gelten bekanntlich neue Schlüsselzahlen für die Ermittlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer sowie der Umsatzsteuer. Die für Lüdenscheid ab 2015 geltende Schlüsselzahl der

Einkommensteuer ist um rd. 6,4% geringer, die Schlüsselzahl für die Umsatzsteuer um rd. 2,4% niedriger als bisher. Dies bedeutet allein im Jahr 2015 einen Minderertrag in Höhe von rund 2,2 Mio. €.

Doch möchte ich gar nicht so schwarz malen – oder aus meiner Sicht besser formuliert: nicht rot sehen! Unsere Stadt hat in den letzten Jahren eindrucksvoll gezeigt, dass auch unter erschwerten finanziellen Voraussetzungen und geänderter Rahmenbedingungen durchaus sehr Positives erreicht werden kann. Ich meine hier vor allem die Denkfabrik mit der Phänomenta. Seit vielen Jahren ziehen alle Beteiligten an einem Strang: Bürger, Unternehmen, Verwaltung und Politik. Die Denkfabrik ist ein bemerkenswerter Beweis dafür, dass Fleiß, Phantasie, geschicktes Handeln und die richtigen Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt auch in Zeiten leerer öffentlicher Kassen das fast Unmögliche möglich machen. Ein Erfolgsfaktor dabei ist sicherlich auch, dass wir uns im Großen und Ganzen bei so wichtigen Fragen und Entscheidungen über die Fraktionsgrenzen hinweg einig waren und alle Beteiligten stets bemüht waren und sind, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Das zeichnet aus meiner Sicht die Lüdenscheider Politik aus, denn wenn man über den Tellerrand der Stadtgrenzen hinausblickt, ist dies keine Selbstverständlichkeit.

Das Eine können wir daraus lernen: es ist sehr wohl in der heutigen Zeit noch möglich, etwas zu gestalten, zu verändern, zu verbessern und zu entwickeln - allerdings unter anderen Rahmenbedingungen als früher. Wenn der Wind der Veränderung weht, suchen manche im Hafen Schutz, während andere die Segel setzen.

Das integrierte Handlungskonzept für die Altstadt könnte eine ähnlich gute Entwicklung nehmen, wenn wir gemeinsam die Segel richtig setzen. Wie wir vor kurzem gehört haben, sind die ersten Reaktionen auf sehr fruchtbaren Boden gestoßen und eine hohe Förderung scheint möglich. An dieser Stelle schon mal ganz herzlichen Dank an alle Beteiligten für die bisher geleistete sehr gute Arbeit.

Wir werden noch weitere Details abwarten müssen und dann, wie in der Vergangenheit auch schon, in Ruhe abwägen, überlegen, weiterentwickeln und entscheiden. Allerdings sind wir der Meinung, dass ein solches Projekt, genau wie bei der Denkfabrik, nur mit möglichst breitem Einvernehmen entschieden werden sollte. Und damit meine ich nicht nur die hier im Rat vertretenen Fraktionen. Hiermit meine ich alle: die Lüdenscheider, die Unternehmen und die Verbände.

Wir alle wollen eine Aufwertung unserer Alt- und Innenstadt, wir wollen eine weitere Attraktivierung und die Stärkung als Einkaufsstandort Lüdenscheid – denn die Konkurrenz im Umland schläft nicht, das ist vielerorts spürbar. Wir müssen aber auch über die Finanzierung und deren Konsequenzen offen und ehrlich sprechen. Und wenn am Ende Abgabenerhöhungen dafür notwendig sind, dann müssen wir mit den Betroffenen, also mit Bürgern und Unternehmern genau darüber diskutieren und zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Ein solches Projekt gegen den Willen der Bevölkerung durchzuführen ist nicht möglich – und mit uns auch nicht zu machen.

Das haben wir, beziehungsweise die Ratsmehrheit, bereits beim breiten Protest der Bürgerschaft gegen die Umzugspläne von VHS und Musikschule zu spüren bekommen. Wirklich sehr froh bin ich daher, dass sich die CDU von Anfang an und über Monate hinweg für den Verbleib der VHS und der Musikschule in der Innenstadt eingesetzt hat. Wir haben uns ja so einiges anhören müssen. Aber wenn wir nicht so standhaft geblieben wären, hätte die Ampel-Ratsmehrheit den Umzugsbeschluss bereits vor rund zwei Jahren gefasst und somit Nägel mit Köpfen gemacht. Eine Rolle rückwärts wäre damit nicht mehr denkbar gewesen. Ich will nicht behaupten, dass dann das Altstadtkonzept gar nicht möglich wäre, aber so viel ist klar: ohne VHS und Musikschule würde ein solches Handlungskonzept völlig anders aussehen und auch die Fördermöglichkeiten ganz sicher geringer ausfallen.

Abschließend danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest, ein paar ruhige Stunden für die wichtigen Dinge im Leben und für das neue Jahr alles Gute, Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

Vielen Dank.